

Vorlage Stadtparlament

Datum	5. Juli 2022
Beschluss Nr.	1922
Aktenplan	152.15.12. Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Jenny Heeb, Eva Lemmenmeier: Solidarität mit ALLEN geflüchteten und schutzbedürftigen Menschen in der Stadt St.Gallen; schriftlich

Jenny Heeb und Eva Lemmenmeier sowie 29 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 3. Mai 2022 die beiliegende Interpellation «Solidarität mit ALLEN geflüchteten und schutzbedürftigen Menschen in der Stadt St.Gallen» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Ukrainerinnen und Ukrainer können visumsfrei in die Schweiz einreisen und sich insgesamt 90 Tage frei im Schengen-Raum aufhalten. Seit dem 12. März 2022 erhalten Schutzsuchende aus der Ukraine, die ihre Heimat wegen des Angriffskrieges von Russland verlassen mussten, den Schutzstatus S. Mit dem Schutzstatus S kann einer bestimmten Personengruppe für die Dauer einer schweren Gefährdung, insbesondere während eines Krieges, kollektiv Schutz gewährt werden. Damit erhalten die Geflüchteten rasch ein Aufenthaltsrecht, ohne dass sie ein ordentliches Asylverfahren durchlaufen müssen. Dieser Schutzstatus ist rückkehrorientiert: Das Aufenthaltsrecht in der Schweiz ist auf ein Jahr befristet, kann aber verlängert werden. Die Integrationsanstrengungen werden deshalb nicht mit derselben Intensität forciert wie bei den vorläufig aufgenommenen Personen. Dies äussert sich u.a. darin, dass die sogenannte Integrationspauschale des Bundes, die zur Refinanzierung von Ausgaben zur sozialen und beruflichen Integration dient, bei den aus der Ukraine geflüchteten Menschen auf jährlich CHF 3'000 begrenzt ist und auf den Spracherwerb fokussiert ist. Demgegenüber beläuft sich die Refinanzierung für Massnahmen für die soziale und berufliche Integration von vorläufig aufgenommenen Personen auf maximal CHF 18'000. Der Bundesrat hat auf Verordnungsebene den Schutzstatus S weiter konkretisiert: Die Wartefrist von drei Monaten für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ist aufgehoben und die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit wird erlaubt. Der vollständige Zugang zum Arbeitsmarkt und auch zur Schule ist damit gewährleistet.

Bereits kurz nach Ausbruch des Krieges suchten Flüchtlinge aus der Ukraine Schutz in der Schweiz. Aufgrund des erwähnten visumsfreien Aufenthalts und der Reisefreiheit war die Einreise ohne weiteres möglich. Zahlreiche Geflüchtete erhielten bei Angehörigen und Bekannten eine Unterkunft. Eine grosse Welle der Solidarität führte zudem dazu, dass sich sehr viele weitere Private als Gastfamilie meldeten. Nur dank dieser grossen privaten Unterstützung war und ist es bislang möglich, die enorme Zahl von Geflüchteten – aktuell leben über 50'000 schutzsuchende Ukrainerinnen und Ukrainer in der

Schweiz – unterzubringen. Noch nie in der jüngeren Geschichte hatte die Schweiz in kurzer Zeit eine so hohe Zahl von Geflüchteten zu versorgen.

2 Beantwortung der Fragen

- *Wie viele geflüchtete Menschen mit Aufenthaltsstatus N, F und S sind in der Stadt St. Gallen gemeldet? Welche Staatsangehörigkeit haben sie?*

Gemäss Auswertung der Bevölkerungsdienste waren Stand 3. Juni 2022 insgesamt 352 Personen mit Schutzstatus S registriert. Neben dem Heimatland Ukraine wurden folgende weiteren Nationalitäten registriert: Aserbaidschan (2), Moldau (1), Nigeria (2), Pakistan (1), Somalia (1), Türkei (4). Den Schutzstatus S erhalten auch Personen aus Drittstaaten, welche die Ukraine wegen des Krieges verlassen haben. Voraussetzung ist, dass sie vor ihrer Flucht über eine gültige Aufenthaltsberechtigung in der Ukraine verfügen und nicht sicher und dauerhaft in ihre Heimat zurückkehren können. 364 Personen sind als vorläufig aufgenommene Personen (Status F) registriert: 84 stammen aus Afghanistan, 93 aus Eritrea, 43 aus Syrien, 16 aus Irak, 14 aus Somalia, 9 aus Iran sowie Einzelne aus weiteren Ländern. Bei sechs Personen (Iran, Pakistan, Sri Lanka) ist das Asylgesuch pendent (Aufenthaltsstatus N).

- *Die Solidarität, mit der wir den ukrainischen Geflüchteten entgegenreten, soll für Geflüchtete aus allen Regionen der Welt gelten. Ist der Stadtrat bereit, sich in der Öffentlichkeitsarbeit sowie beim Bund in Bezug auf geflüchtete Menschen jeglicher Herkunft gleich zu positionieren?*

Seit Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 sind Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern auf der Flucht. Schutzbedürftige Flüchtlinge aus der Ukraine können visumsfrei in die Schweiz einreisen und sich – im gesamten Schengenraum – während 90 Tagen frei bewegen. Diese Reisefreiheit gilt nicht für andere Geflüchtete. Bis Ende Mai 2022 wurde der hohen Mobilität der Kriegsflüchtlinge u.a. mit dem Angebot, den öffentlichen Verkehr kostenlos nutzen zu können, Rechnung getragen. Der Bundesrat hat am 12. März 2022 erstmals den Schutzstatus S für die Flüchtlinge aus der Ukraine angewendet. Die (rechtliche) Situation der Kriegsflüchtlinge mit Schutzstatus S weicht gegenüber anderen Flüchtlingskategorien in verschiedener Hinsicht ab: Reisefreiheit, Rückkehrorientierung (reduzierte Integrationspauschale), Zugang zum Arbeitsmarkt. Der Stadtrat hat sich seit Jahren und wiederholt öffentlich sowie im Rahmen von Gremien wie etwa der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» für die Anliegen von Geflüchteten eingesetzt¹ und wird dies auch weiterhin tun.

- *Wird der Stadtrat sich beim Kanton dafür einsetzen, dass gleiche Bedingungen für geflüchtete Menschen jeglicher Herkunft gelten?*

Grundsätzlich bestehen zwischen den verschiedenen Flüchtlingskategorien (vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer (VA-A), vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, anerkannte Flüchtlinge sowie Personen mit Schutzstatus S) hinsichtlich der finanziellen Unterstützungsleistungen vom Bund

¹ Vgl. dazu auch die Antwort des Stadtrates auf die Einfache Anfrage «Schutz und ordentliches Asylverfahren von Geflüchteten», [Nr. 4179 vom 12. Mai 2020](#).

vorgegebene Unterschiede. Menschen mit Bleiberecht (vorläufig aufgenommene sowie anerkannte Flüchtlinge) erhalten die Regelsozialhilfe. Demgegenüber wird Menschen, bei denen von einer Rückkehr in ihre Heimat ausgegangen wird (vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer sowie Personen mit Schutzstatus S), die tiefere Asylsozialhilfe ausgerichtet. Personen mit rechtskräftig abgelehntem Asylgesuch sowie Personen, auf deren Asylgesuch nicht eingetreten wurde, müssen die Schweiz verlassen. Sie werden bis zur Ausreise im kantonalen Zentrum Vilters-Wangs untergebracht und erhalten Nothilfe. Das kantonale Sozialhilfegesetz bestimmt, dass sich die Höhe der Sozialhilfeleistungen an den Richtlinien der St.Gallischen Konferenz der Sozialhilfe (KOS) orientiert². Diese stellt hinsichtlich des Grundbedarfs jeweils Antrag an die Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP). Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, dass im Rahmen einer Gesetzesrevision nähere Bestimmungen zur Ausgestaltung der Sozialhilfe erlassen werden.³ Bei den Unterstützungsansätzen der Asylsozialhilfe, die gegenüber jenen der Regelsozialhilfe⁴ deutlich tiefer sind, sieht der Stadtrat Handlungsbedarf. Er anerkennt die Unterschiede hinsichtlich Ausgestaltung der jeweiligen Unterstützungsansätze, beurteilt die betragsmässige Diskrepanz aber als zu hoch und setzt sich deshalb bei der VSGP für eine Erhöhung der Asylsozialhilfe ein.

Mit Ausnahme der Personen mit Schutzstatus S steht zu Gunsten sämtlicher Flüchtlingskategorien die volle Integrationspauschale zur Verfügung. Beim rückkehrorientierten Schutzstatus S ist die Integrationspauschale reduziert auf CHF 3'000 p.a. Grundsätzlich bestehen hinsichtlich des Zugangs zum Arbeitsmarkt der Geflüchteten kaum Unterschiede: Bei Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen besteht eine Meldepflicht beim zuständigen kantonalen Amt. Bei Personen mit Schutzstatus S besteht demgegenüber eine Bewilligungspflicht. Vorausgesetzt wird u.a. die Ausrichtung von orts- und branchenüblichen Löhnen.

Wie erwähnt, ist im Bereich der Differenzierung der Unterstützungsleistungen der Bund und nicht der Kanton zuständig. Der Kanton ist auch nicht zuständig für die Festlegung der Höhe der Unterstützungsleistungen.

- *Ist der Stadtrat bereit, sich dafür einzusetzen, die finanzielle Nothilfe, wie in Basel-Stadt von 8.- auf 12.- pro Tag zu erhöhen?*

Nothilfe erhalten Personen mit abgewiesenem Asylgesuch und rechtskräftiger Wegweisungsverfügung. Diese Menschen haben kein (vorläufiges) Bleiberecht, sondern müssen die Schweiz verlassen. Für die Unterkunft und die Betreuung dieser Personengruppe ist der Kanton zuständig. Die Nothilfe ist tiefer ausgestaltet als die Asylsozialhilfe. Sie umfasst lediglich Leistungen für den unmittelbaren Erhalt des Lebens (in der Regel Essen, Logis sowie medizinische Notfallbehandlungen). Die Nothilfe wird teilweise als Sachleistung ausgerichtet. Dort, wo dies nicht möglich ist, werden neben Sachleistungen Geldbeträge ausbezahlt. Die Nothilfe ist schweizweit unterschiedlich ausgestaltet.⁵ Die Ostschweizer

² Art. 11 Abs. 1^{bis} Sozialhilfegesetz vom 27. September 1998 (sGS 381.1; SHG).

³ Motion der SP-Fraktion des Kantonsrats zur «Anpassung der Asyl-Fürsorge auf 80 Prozent der Regel-Sozialhilfe» vom 13. Juni 2022 (42.22.14).

⁴ Die Regelsozialhilfe beläuft sich für eine Person auf CHF 997, für zwei Personen auf CHF 1'525, bei drei Personen auf CHF 1'854, bei vier Personen CHF 2'134 und bei fünf Personen auf CHF 2'413.

⁵ Eine [Auswertung der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren \(SODK\) vom Februar 2021](#) zeigt eine Bandbreite von CHF 7.50 bis CHF 12 pro Tag und Person. Aargau: CHF 7.50; Appenzell Ausserrhodon, Appenzell Innerrhodon,

Kantone richten CHF 8 Nothilfe pro Tag und Person aus. Personen, die aus dem Asylverfahren kommen und die Schweiz verlassen müssen, werden vom Kanton betreut und müssen sich im kantonalen Zentrum in Vilters-Wangs aufhalten. Aus der Sicht des Stadtrates ist die Nothilfe in der Ostschweiz zu tief angesetzt. Aufgrund der kantonalen Zuständigkeit gibt es aber keinen kommunalen Handlungsspielraum.

- *Geflüchtete Menschen mit Schutzstatus S haben im Moment die Möglichkeit, sich in der Schweiz mit den öffentlichen Verkehrsmitteln kostenlos fortzubewegen. Kann sich der Stadtrat vorstellen, allen in der Stadt lebenden geflüchteten Menschen kostenlose Mobilität im VBSG-Netz zur Verfügung zu stellen?*

Die Möglichkeit für Menschen mit Schutzstatus S, den öffentlichen Verkehr kostenlos zu nutzen, bestand bis Ende Mai 2022. Seither ist die Situation für sämtliche Flüchtlingskategorien bzw. alle in der Schweiz lebenden Menschen hinsichtlich Benutzung des öffentlichen Verkehrs identisch.

In der Stadt St.Gallen gilt, dass Personen, die Asylsozialhilfe beziehen (also Personen mit Schutzstatus S sowie vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer), aufgrund der tiefen Asylsozialhilfeansätze ein Monatsabonnement für die Zone 210 erhalten, wenn sie eine Integrationsleistung erbringen. Dazu zählen z. B. der Besuch einer beim Kompetenzzentrum Integration und Gleichstellung (KIG) akkreditierten Deutschschule (z. B. AIDA, Deutsch für Mütter und Väter, HDS etc.), der Integra oder die Teilnahme an einem Ausbildungsgang der GBS (z. B. Integrationsangebot für Geflüchtete aus der Ukraine). Personen mit Schutzstatus S, die einen Deutschkurs besuchen, wird also seit dem 1. Juni 2022 das Busabonnement für die Zone 210 im Rahmen der Asylsozialhilfe finanziert.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Die Stadtschreiber-Stellvertreterin:
Carmen Betschart

Beilage:
▪ Interpellation vom 3. Mai 2022